



Schleswig-Holsteinischer Landtag  
**Innen- und Rechtsausschuss**  
- L 21 -

Kiel, 19. Mai 2016  
Landeshaus  
Tel. (0431) 988 1141  
(0431) 988 1152  
Fax (0431) 988 610 1180  
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

## **K u r z b e r i c h t**

*über die*

### **130. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses**

*am Mittwoch, dem 18. Mai 2016, 11:30 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags*

Beginn: 11:35 Uhr

Zum Antrag der Fraktion der FDP, **Schnelle Internetzugänge für die Landespolizei**, Drucksache 18/4097, ließ sich der Ausschuss von Herrn Thomsen, Chief Information Officer der Landesregierung, über den Sachstand informieren. Bei Enthaltung der Stimme der PIRATEN empfahl der Ausschuss dem Landtag mit Zustimmung der antragstellenden Fraktion, den Antrag, Drucksache 18/4097, für erledigt zu erklären. Ferner kam der Ausschuss überein, sich mit dem Thema wieder zu beschäftigen, sobald weitere Informationen von Herrn Thomsen zu Einzelheiten des Projekts und zu den erwartenden Kosten vorliegen.

Der Ausschuss nahm in Aussicht, den **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landesbauordnung**, Drucksache 18/2778, sowie den **Entwurf eines Gesetzes zur Absenkung von Standards im Zusammenhang mit der Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbegehrenden**, Drucksache 18/3907, abschließend am 25. Mai 2016 zu beraten, sodass die zweite Lesung in der Juni-Tagung des Landtags erfolgen kann.

Mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die der FDP empfahl der Ausschuss den **Entwurf zur Änderung des Brandschutzgesetzes und der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein**, Drucksache 18/3850, dem Landtag mit Änderungen zur Annahme.

Zum **Entwurf eines Gesetzes zum 19. Rundfunkänderungsstaatsvertrag**, Drucksache 18/3749, erteilte der Ausschuss einen Prüfauftrag an den Wissenschaftlichen Dienst.

Ferner nahm der Ausschuss auf Antrag des Abgeordneten Dr. Patrick Breyer, Umdruck 18/6095, einen **Bericht des Ministers für Inneres und Bundesangelegenheiten über den Umgang mit Vorwürfen von Sexismus und Rassismus in der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung in Eutin**, entgegen. An den Bericht schloss sich eine Aussprache an.

Einstimmig beschloss der Ausschuss, den **Bericht der Landesregierung zur Kritik des Bundesministeriums des Innern an der schleswig-holsteinischen Flüchtlingspolitik**, Antrag des Abg. Dr. Ekkehard Klug, Umdruck 18/6106, in einer seiner kommenden Sitzungen

entgegenzunehmen und in diese Sitzung sowohl den Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten als auch den Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Herrn Dr. Schröder, einzuladen.

Schließlich kam der Ausschuss auf Antrag des Abg. Dr. Ekkehard Klug überein, sich möglichst in der Sitzung am 1. Juni 2016 vom Innenministerium über die aktuelle Flüchtlingssituation berichten zu lassen, insbesondere in Hinblick auf die Zusammenarbeit von Land und Kommunen.

Schluss: 14:40 Uhr

gez. Dörte Schönfelder